

Satzung für die Schlichtungsstellen zur Beilegung von Streitigkeiten aus dem Behandlungsverhältnis

in der Fassung der Neubekanntmachung

vom 1. Juni 2018

§ 1

- (1) Die Aufgabe der nach § 11 des Kammergesetzes für die Heilberufe (HKG) einzurichtenden Stellen zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Behandlungsverhältnis wird Schlichtungsausschüssen bei den Bezirksstellen übertragen. Soweit diesen Streitigkeiten Behandlungsfehler zugrundeliegen, wird diese Aufgabe gemäß der Satzung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen von der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der norddeutschen Ärztekammern wahrgenommen.
- (2) Der Schlichtungsausschuss besteht aus dem vorsitzenden Mitglied des Bezirksstellenvorstandes, des es vertretenden Mitglieds und der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer der Bezirksstelle. Zuständig ist der Schlichtungsausschuss derjenigen Bezirksstelle, in deren Verwaltungsbezirk die ärztliche Tätigkeit ausgeübt worden ist, die Anlass zu der Streitigkeit gab.

§ 2

- (1) Die nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 HKG der Ärztekammer Niedersachsen zugewiesene Aufgabe, Streitigkeiten aus dem Behandlungsverhältnis zwischen Kammermitgliedern und Patienten zu schlichten, wird von der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer der nach § 1 Abs. 2 zuständigen Bezirksstelle unter Einbindung ärztlichen Sachverständs wahrgenommen. Scheitert diese Schlichtung, legt der die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer den Vorgang dem Schlichtungsausschuss vor, nachdem zuvor sämtliche Beteiligten ihr Einverständnis hierzu erklärt haben.
- (2) Die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ist unzulässig, wenn in der gleichen Angelegenheit bereits ein Schiedsspruch oder die Entscheidung eines Gerichts oder eines Berufungsgerichts vorliegt oder beantragt und eingeleitet ist, es sei denn, dass der Zivilprozess gemäß §§251, 278, 278a Zivilprozessordnung ruht.

§ 3

- (1) Für die Ausschließung und Ablehnung eines Mitglieds des Schlichtungsausschusses gelten die §§ 41, 42 ZPO über die Ausschließung und Ablehnung einer Richterin oder eines Richters entsprechend.
- (2) Über die Ablehnung entscheidet der Schlichtungsausschuss, dem das abgelehnte Mitglied angehört, endgültig. An die Stelle eines ausgeschlossenen Mitgliedes tritt das nach dem Lebensalter älteste beisitzende Mitglied des Bezirksstellenvorstandes.

§ 4

- (1) Die Durchführung des Schlichtungsverfahrens beginnt mit der schriftlichen Mitteilung an die Beteiligten. Die oder der Vorsitzende erlässt einen Eröffnungsbeschluss, ernennt einen Verhandlungstermin an und legt die Unterlagen den beisitzenden Mitgliedern des Schlichtungsausschusses vor. Zur Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss sollen Beteiligte, Sachverständige, Zeuginnen und Zeugen mit einer Frist von 14 Tagen geladen werden.
- (2) Für die Zurückweisung von Beiständen der Beteiligten gelten die Bestimmungen der ZPO entsprechend.
- (3) Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss ist nicht öffentlich. Das Verfahren soll tunlichst in einem Termin erledigt werden.

§ 5

- (1) Der Schlichtungsausschuss soll versuchen, zwischen den Beteiligten einen Vergleich herbeizuführen. Kommt ein Vergleich zustande, so ist der Wortlaut des Vergleichs im Protokoll niederzulegen, den Beteiligten vorzulesen und von ihnen zu genehmigen.
- (2) Scheitert ein Vergleich, so ist dies im Protokoll festzustellen. Die Gründe, die zum Scheitern des Vergleichs führten, müssen aus dem Protokoll ersichtlich sein.

§ 6

- (1) Nach dem Scheitern eines Vergleichs haben die Beteiligten das Recht, beim Schlichtungsausschuss die Fällung eines Schiedsspruchs zu beantragen.
- (2) Bevor der Schiedsspruch erlassen wird, sind die Beteiligten zu hören und das dem Streit zugrunde liegende Sachverhältnis zu ermitteln. Soweit weitere Bestimmungen über das Verfahren nicht getroffen sind, wird es vom Schlichtungsausschuss nach freiem Ermessen bestimmt.
- (3) Der Schlichtungsausschuss trifft seine Entscheidungen nach geheimer Beratung mit einfacher Stimmenmehrheit.
- (4) Der Schiedsspruch ist mit Gründen zu versehen, von den Mitgliedern des Schiedsausschusses zu unterschreiben und den Beteiligten bekannt zu geben.

§ 7

Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses sind verpflichtet, über alle Streitgegenstände unparteilich, sachlich und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Sie haben über die Verhandlungen und die ihnen bei der Ausübung ihres Amtes zur Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Beteiligten Stillschweigen zu bewahren.

§ 8

Die Kosten des Verfahrens bei den Schlichtungsausschüssen trägt die zuständige Bezirksstelle; sie können nach dem Ermessen des Schlichtungsausschusses einer, einem oder mehreren Beteiligten auferlegt werden.

§ 9

- (1) Für die Sitzungen des Schlichtungsausschusses und die Erledigung des laufenden Geschäftsverkehrs wird von der Bezirksstelle eine Schriftführerin oder ein Schriftführer gestellt.
- (2) Über die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses sind Niederschriften anzufertigen, die den §§ 159 und 160 ZPO entsprechen müssen.

§ 10

Die Aufhebung des Schiedsspruchs kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntmachung beantragt werden, wenn

1. der Schiedsspruch auf einem unzulässigen Verfahren beruht,
2. einer der Beteiligten im Verfahren das rechtliche Gehör nicht gewährt wurde,
3. der Schiedsspruch nicht mit Gründen versehen ist.

§ 11

- (1) Jedes bei dem Schlichtungsausschuss beantragte Schlichtungsverfahren ist mit fortlaufender Nummer innerhalb eines Kalenderjahres, Namen der Beteiligten, Daten und Art der Erledigung zu registrieren.
- (2) Über jedes Verfahren ist eine Akte anzulegen. Sie ist nach Abschluss des Verfahrens in einem geschlossenen Umschlag mit Aufschrift der Registriernummer bei der Bezirksstelle zu hinterlegen.

§ 12

Zur Einsichtnahme in die Akten des Schlichtungsausschusses sind ausschließlich befugt

1. die Mitglieder des Schlichtungsausschusses,
2. die Präsidentin oder der Präsident der Ärztekammer, das sie oder ihn vertretende Mitglied oder jemand, den eine oder einer von ihnen damit beauftragt hat,
3. die Beteiligten, sofern die Aufhebung des Schiedsspruchs nach § 10 beabsichtigt ist.

§ 13

Über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse nach dieser Satzung wird der Kammerversammlung jährlich Bericht erstattet.

§ 14

Diese Satzung tritt am 1.1.1998 in Kraft.